

**01.04.2015 - Kommunistische Strategie zu Beginn der 20er Jahre**

## **Der Kampf um die Mehrheit**

*von Manuel Kellner*

Über das Verhältnis zur Regierung SYRIZA wird in der radikalen Linken trefflich gestritten. Ein Blick in die Geschichte kann da weiterhelfen.

Die organisierte kommunistische oder revolutionär-marxistische Bewegung war zu Beginn der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts außerhalb Russlands eine Minderheit unter den abhängig Beschäftigten, aber zumindest in Deutschland eine bedeutende Minderheit. Nachdem sich nach dem Ersten Weltkrieg neben der jungen russischen Sowjetrepublik keine weiteren Räterepubliken durchsetzen konnten und revolutionäre Perspektiven nicht mehr unmittelbar auf der Tagesordnung standen, entwickelte die Kommunistische Internationale (KI) die Einheitsfrontpolitik und die Strategie der Übergangsforderungen mit dem Ziel, Mehrheiten in der Arbeiterklasse zu gewinnen ? was sie als eine notwendige Bedingung für erfolgreiche sozialistische Revolutionen ansah.

Ein Aufsatz von Karl Radek, einem polnischen Revolutionär, der der Führung der russischen bolschewistischen Partei und der KI angehörte, gibt in der Theoriezeitschrift der KPD vom Januar 1922\* die Überlegungen wieder, die zu der strategischen Neuorientierung geführt hatten und die die Politik der KPD in Deutschland zwei Jahre lang bestimmten und wirksamer machten als jemals vorher oder nachher.\*\*

Natürlich können wir aus den Erfahrungen und Debatten der Vergangenheit keine Blaupausen für die Lösung der heutigen Probleme revolutionärer Strategie gewinnen, ob in Griechenland, Deutschland oder anderswo. Immerhin würde es mehr Nutzen als Schaden bringen, wenn sich Linke mit diesen Debatten und Positionsbildungen wieder vertraut machen würden.

## **Ein Offener Brief**

Gleich zu Eingang seines Beitrags geht Radek auf die Bedenken ein, die die Neuorientierung der kommunistischen Bewegung bei einer Minderheit führender Mitglieder in Deutschland hervorgerufen hatte. Gerade erst war durch die Vereinigung der KPD mit dem linken Flügel der USPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei

Deutschlands (VKPD, die sich später wieder einfach KPD nannte) die organisierte kommunistische Bewegung in Deutschland zur Massenpartei geworden. In der Zeit vor der Vereinigung hatte die KPD den linken Flügel der USPD beschworen, sich von ihrem rechten Flügel zu trennen, der sich mehr und mehr wieder der (Mehrheits-)SPD annäherte ? der Partei, die 1914 den Burgfrieden mit dem «eigenen» Imperialismus geschlossen und 1918/19 die sozialistische Revolution in Deutschland torpediert hatte. Und ausgerechnet dieser SPD schrieb die VKPD direkt nach ihrer Gründung einen «Offenen Brief» mit Vorschlägen für gemeinsame Aktionen!

«Kein Wort war dort gesagt von der Diktatur des Proletariats, ja sogar die aktuellen Forderungen waren keinesfalls agitatorisch übertreibend, sondern umgekehrt, außerordentlich nüchtern und bescheiden formuliert: es stand ihnen an der Stirn geschrieben, dass sie so gefasst waren, dass niemand sagen könnte, es handle sich hier nur um Agitationslosungen.»

Diejenigen, die zum linken Radikalismus neigten, sahen darin eine nachträgliche Rechtfertigung der prokapitalistischen Politik der SPD und der rechten Unabhängigen Sozialdemokraten. Nach Meinung Radeks war die Mehrheit der Mitglieder der KPD in den Betrieben aber für die neue Politik, weil sie erkannt hatten, dass der SPD und dem rechten Flügel der USPD nicht mit revolutionären Phrasen beizukommen war. Diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die bei der SPD geblieben waren oder bei Wahlen weiterhin für sie stimmten, hatten dafür ihre Gründe ? sie glaubten eben, dass die alte sozialdemokratische Politik am ehesten Fortschritte für die Lage der abhängig Beschäftigten bringen könnte.

Die Masse der abhängig Beschäftigten fürchtete angesichts der Angriffe des Kapitals nichts so sehr wie die Spaltung der eigenen Reihen. Die KPD würde von der Mehrheit der eigenen Klasse isoliert bleiben, wenn sie nicht ihrerseits deutlich machte, dass sie für gemeinsames Handeln eintrat und sich damit nicht nur an die Basis der Sozialdemokratie, sondern auch an deren Führung wandte, deren Einfluss auf die eigene Basis nicht durch pure Denunziation verringert werden konnte.

## **Die Regierungsfrage**

Diese Basis musste sich durch eigene aktuelle Erfahrungen davon überzeugen können, dass der Wille der KPD zur gemeinsamen Aktion gegen den Klassenfeind ernst gemeint und darum glaubwürdig war, während die SPD-Führung sich der gemeinsamen Aktion

entzogen und somit bei der eigenen Basis an Glaubwürdigkeit verlieren würde. Wenn sich die SPD aber auf die gemeinsame Aktion einließ, dann würde allein durch die gesteigerte Eigenaktivität der Arbeiterklasse das Kräfteverhältnis sowohl gegenüber dem Kapital wie auch gegenüber den rechtslastigen Führern des Proletariats günstiger.

Die revolutionäre Kritik am Reformismus der SPD lief nicht auf den Streit hinaus: Ist es besser, für Reformen im Sinne von Verbesserungen der Lage der abhängig Beschäftigten und aller Unterdrückten zu kämpfen, oder soll man für den revolutionären Bruch mit der Kapitalherrschaft eintreten? Die Frage stand vielmehr so: Sollte auf positive Reformen verzichtet werden, weil sie evtl. die Kapitalherrschaft beeinträchtigen würden, oder sollte der Kampf darum ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Interessen und darum in revolutionärer Perspektive geführt werden? Radek formulierte es so: «Das Wesen dieser [sozialdemokratisch-reformistischen] Parteien besteht nicht in ihrem reformistischen Utopismus, sondern darin, dass sie selbst ihre Utopie nicht ernst nehmen, dass sie keineswegs gewillt sind, ernst auch nur um Reformen zu kämpfen.»

Die Hegemonie unter den abhängig Beschäftigten erreicht diejenige politische Kraft, deren Vorschläge und Initiativen sich in der lebendigen Erfahrung als realistischer erweisen. Die KI und die KPD scheuten sich nicht, diese Einsicht auch auf die Regierungsfrage anzuwenden. Radek zeigt am Beispiel Schwedens, in welcher Weise dies erfolgen und zu welcher Art von Politik dies führen sollte. Es lohnt sich, die entsprechenden Ausführungen Radeks ausführlich zu zitieren:

«Die Sozialdemokratie wollte eine Koalition mit den Liberalen bilden. Aber die Liberalen lehnten es ab. Die Sozialdemokratie als stärkste Partei im Staate musste die Regierung übernehmen, aber sie kann sie nicht halten, wenn die Kommunistische Partei Schwedens ihr die Unterstützung im Parlament entzieht. Die Kommunistische Partei Schwedens hat nur den siebenten Teil der sozialdemokratischen Stimmen gekriegt. Die große Mehrheit der organisierten Arbeiter steht im Lager Brantings [des Sozialdemokraten]. Hilft die Kommunistische Partei Schwedens der Bourgeoisie, Branting zu stürzen, so werden der schwedischen Arbeiterklasse die Erfahrungen mit der Branting-Regierung erspart. Die Entwicklung, der Verlust der Illusionen, wird verlangsamt, ja, umgekehrt, die sozialdemokratischen Arbeiter werden der Kommunistischen Partei den Vorwurf machen, dass sie sie geprellt hat um die Erleichterungen ihrer schweren Lage, die ihnen die sozialdemokratische Regierung bringen konnte. Wird aber die Kommunistische Partei die Branting-Regierung solange unterstützen, solange diese durch Kompromisse mit der Bourgeoisie nicht selbst die Arbeiter enttäuscht, so wird der Einfluss der Kommunisten

wachsen.»

## Übergangsforderungen

Radek erklärt das Scheitern der «Märzaktion» der KPD damit, dass eine sozialistische Eroberung der Macht nicht als Aktion einer Minderheit der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Zunächst gilt es, die Mehrheit in der Klasse zu erobern und dadurch erst die Möglichkeit einer wirklichen sozialistischen Umwälzung zu schaffen. Dazu genügt es nicht, einerseits Propaganda für eine sozialistische Räterepublik zu machen und andererseits an Kämpfen um mehr oder weniger leicht integrierbare Tagesforderungen teilzunehmen. Vielmehr sind dafür Massenaktionen um Teilziele erforderlich, deren Verwirklichung den Fortbestand des kapitalistischen Systems in der Praxis in Frage stellen würde.

Der II. und der III. Kongress der KI hatten die Frage des Kampfes um Teilforderungen aufgeworfen, die KPD hatte bereits vor dem III. Kongress der KI den Kampf um Teilforderungen (zum Beispiel in Fragen des Steuerrechts) aufgenommen. Doch erst der IV. KI-Kongress 1922 behandelte die Frage der Übergangsforderungen systematisch.

Radek zeigt, dass die Diskussion nicht darum ging, welche Forderungen nun «echte» Übergangsforderungen sind und welche nicht, sondern darum, in welcher Perspektive Forderungen gestellt werden: «Unsere Losungen müssen über sich hinaustreiben zu immer weiteren Zielen. Bei ihrer Aufstellung dürfen wir nicht damit rechnen, ob sie vereinbar sind mit den Interessen der besitzenden Klassen, sondern ob sie den Interessen des Proletariats, der Höhe seines Bewusstseins und seines Kampfwillens entsprechen.»

In einer scharfen Krise kann schon die bescheidene Forderung nach «menschlichen Lebensbedingungen» für alle eine revolutionäre Dynamik gewinnen.

*\*Karl Radek: Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale. In: Die Internationale, Jg. 4, H. 1, Januar 1922, S. 2?12.*

*\*\*Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921?1922. Berlin 1971. Vgl. auch Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919?1943). Frankfurt a.M. 1981. Bd. 1, S. 177ff.*



# ***Sozialistische Zeitung***

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97  
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de